

## **"Die Hälfte aller Streiks wird wirkungslos"**

Gewerkschaftschef Heinrich Birner warnt vor den Folgen des geplanten Versammlungsgesetzes

Die Demonstration am 21. Juni, mit der die Gewerkschaften und die Opposition gegen das von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) geplante neue Versammlungsgesetz protestieren wollen, könnte die letzte ihrer Art sein. Denn künftig, so sieht es Herrmanns Gesetzentwurf vor, müssten die Protestierenden so vorgehen: 72 Stunden bevor sie das erste Einladungsplakat kleben oder Unterstützer per Post und Telefon werben, haben sie eine Kundgebung unter freiem Himmel bei den Behörden anzumelden. Außerdem müssen sie nicht nur die persönlichen Daten des Versammlungsleiters, sondern die sämtlicher Ordner angeben. Sie dürften auch, so der Gesetzentwurf, keine "gleichartigen Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung" tragen. Und wenn der Versammlungsleiter die Kundgebung nicht sofort beendet, sobald die ersten gewaltbereiten Störer aktiv werden, riskiert er bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe.

Das alles bringt nicht nur Strafverteidiger und Journalisten, sondern vor allem auch die Gewerkschaften auf die Palme. "Damit will die CSU die Protestmöglichkeiten der Gewerkschaften eindämmen und die Ausübung des Streikrechts erschweren", kritisiert Heinrich Birner, Münchner Chef der Gewerkschaft Verdi. Das neue Recht hätte nämlich zur Folge, dass die Gewerkschaft jeden Streikposten unter Beachtung der 72-Stunden-Regel anmelden müsste. Da das neue Gesetz auch die Rechte Dritter besser wahren will, ist Birner sicher, dass die Unternehmen so frühzeitig von geplanten Streiks erfahren und Gegenmaßnahmen ergreifen. Birner: "Damit wird künftig mindestens die Hälfte aller Streiks wirkungslos."

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beteuert dagegen, dass die Demonstrationsfreiheit auch durch das neue Versammlungsgesetz "hundertprozentig gewährleistet" sei. Dieses solle vor allem dazu dienen, Aufmärsche von Neonazis zu erschweren. Bei der Anhörung im Landtag am Donnerstag voriger Woche lobte auch der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer den Gesetzesentwurf. Aus polizeilicher Sicht seien Einschränkungen rechtsextremer Kundgebungen ein "Ausdruck wehrhafter Demokratie und dringend notwendig".

Für Verdi-Chef Birner gehen die Pläne aber entschieden zu weit. Wenn die Praxis der Polizei, Demos von Rechten und Linken flächendeckend zu filmen, nun auch für die Gewerkschaften gelte, "unterstellt man uns, dass wir potentiell gewalttätig sind". Auch das Uniformierungsverbot bereitet Birner Sorgen, das wohl sogar die üblichen Streikwesten der Gewerkschaften verbietet. Sieht die Polizei darin "gleichartige Kleidungsstücke", von deren Tragen "eine einschüchternde Wirkung" ausgehen solle, drohe den Teilnehmern eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

Gewerkschaften und Opposition sind mit ihrem Protest nicht allein. Bei der Anhörung im Landtag machten Verfassungsrechtler erhebliche Zweifel geltend. Durch die vielen Auflagen - so der SPD-Verfassungsexperte Klaus Hahnzog - werde die Versammlungsfreiheit ausgehöhlt, obwohl die Bayerische Verfassung ausdrücklich Versammlungen unter freiem Himmel ohne Auflagen erlaube. Verdi-Chef Birner hofft nun, dass die Staatsregierung den Entwurf grundlegend überarbeitet und das Gesetz erst in der nächsten Legislaturperiode verabschiedet.

*Berthold Neff*

Quelle: Süddeutsche Zeitung  
Nr.111, Mittwoch, den 14. Mai 2008 , Seite 50